

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckanstalt  
Tageblatt Riesa,  
Gemeinf. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Riesa 1530.  
Einschlag:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 229.

Donnerstag, 29. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-Blätter nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Schluß mit der Spiegelfechtere.

**Papens Antwort an Herriot. — Neuraths Abreise aus Genf.**  
In dem Interview mit dem Chefredakteur des „WFR“, durch das der Reichskanzler auf die letzte Sonntagsrede des französischen Ministerpräsidenten antwortete, sind dem französischen Ministerpräsidenten einige kräftige Gedächtnisstützen verabreicht worden. Herr von Papen hat seinen französischen Kollegen daran erinnert, daß er in seiner Sonntagsrede den nicht ganz fairen Versuch gemacht hatte, Unvergleichbares zu verwechseln, nämlich Frankreichs angebliche Abrüstung dadurch zu belegen, daß er Demobilisierung als Abrüstung aufzumachen versuchte; Herr v. Papen hat Herrn Herriot ferner gesagt, wie es denn möglich sei, daß Frankreich seine Abrüstung mit einer 10prozentigen Steigerung der Militärausgaben in einem Zeitraum von nur 6 Jahren habe bezahlen können und endlich hat er sich die bescheidene Anfrage erlaubt, wie denn Herr Herriot, der immer nur von Divisionen und Kopffüßern gesprochen hat, Frankreich riesige Mengen an Tanks, seine vielen tausend schweren Geschütze und Flugzeuge auf dem Konto Abrüstung zu verrechnen gedenke.

Kurz und gut: Herr von Papen hat das getan, was nach der letzten Sonntagsrede Herrriots das einzig Mögliche war: er hat die darin gemachten Angaben und aufgestellten Abrüstungsbehauptungen als eitel Spiegelfechtere entlarvt und hat die Welt wissen lassen, daß Deutschland zwar bei seiner unbedingten Bejahung der Abrüstungsidee bleibe, daß aber diese Idee nur durch eine ehrliche und ebenso unbedingte Zusammenarbeit aller im Sinne einer echten Abrüstung gefördert werden könne und daß die deutsche Regierung nach wie vor als erste und unerlässliche Voraussetzung einer Wiederannahme der Abrüstungsarbeiten die Zusage annehme, daß künftig im Völkerbund nicht mehr mit zweierlei Recht gearbeitet werde.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, der in den letzten Tagen ebenso eifrig wie erfolglos als Vermittler tätig war, hat es nicht mehr zuwege gebracht, dem deutschen Außenminister von Neurath die notwendige und geforderte Zustimmung der vorbereitenden Anerkennung der grundsätzlichen deutschen Gleichberechtigungsansprüche zu überbringen. Freiherr von Neurath hat infolgedessen Genf bereits wieder verlassen. Die in Genf verbliebenen Mitglieder der Abrüstungskonferenz werden sich darüber einigen müssen, wie sie sich zu den klaren und unanfechtbaren Ansprüchen Deutschlands stellen wollen, ob sie ehrlich dem Werk einer tatsächlichen Abrüstung dienen, oder versuchen wollen, die Methode der Spiegelfechtere fortzusetzen.

Es könnte nun scheinen, als ob endgültig der Bruch im Werk der internationalen Abrüstung vollzogen worden sei. Dieser Schluß würde sich jedenfalls aufzwingen, wenn man die weiteren Chancen der Abrüstungskonferenz nur auf Grund der bisherigen Praxis der vorbereitenden Abrüstungskonferenzen und des ersten Teils der Abrüstungskonferenz selbst beurteilen wollte. Das wäre jedoch falsch, denn glücklicherweise ist die Abneigung gegen das unehrliche Spiel, das in dieser Hinsicht bisher gemeistert wurde, nicht auf Deutschland beschränkt. Der deutsche Standpunkt ist neuerdings mehrfach durch offizielle und offizielle Kundgebungen der italienischen Regierung unterstützt. So falsch es wäre, wollte man die italienische Haltung in dieser Frage als ausgesprochen „prodeutsches“ bewerten, so unzweifelhaft ist es doch, daß hier die Vinten zweier Regierungen, der deutschen und der italienischen, parallel auf dasselbe Ziel hin laufen, weil ganz einfach ehrlich saubere Politik gemacht wird.

Darüber hinaus bereitet sich in England eine harte Reaktion auf die befremdliche englische Denkschrift Sir John Simons vor, der durch seine scharfe Sprache vielleicht im psychologisch entscheidenden Moment denen den Rücken gestärkt hat, die den Grundgedanken der doppelten Moral in der Abrüstungsfrage noch in den zweiten Teil der Abrüstungskonferenz hinüberzutreiben und Deutschland weiterhin aufzwingen zu können glauben. Aber wie die Dinge sich aus dieser zweifellos im Gang befindlichen Reaktion heraus in England auch entwickeln mögen — man wird sich zu dem Entschluß durchbringen müssen, den Vankeroit der Abrüstungsidee zu proklamieren oder aber die Durchsetzung dieser großen Idee endlich unabhängig zu machen von dem verantwortungslosen Treiben politischer Dialektiker und diplomatischer Spiegelfechtere. Reichskanzler von Papen hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland im gleichen Moment wieder bereit sein werde, die gemeinsame Arbeit aufzunehmen, sobald diese unerlässlichen Voraussetzungen für die Förderung einer der entscheidenden gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der internationalen Politik geschaffen seien.

## Die politischen Vorgänge des Mittwoch

tanden in Berlin fast ausschließlich im Schatten von Genf. Demgegenüber traten die Ereignisse in London, die in die Position der nationalen Regierung, wie man glaubt, eine sehr ernste Bresche geschlagen haben, mehr an die zweite Stelle zurück. Die entscheidenden Telefongespräche zwischen Berlin und Genf, die endgültig über die Abreise des deutschen Außenministers Freiherrn v. Neurath entschieden, wurden im Verlaufe des Vormittags geführt. Es handelte sich dabei nach unseren Informationen vor allem um die Feststellung, wie das offizielle Interview des deutschen Reichskanzlers zur Frage der Abrüstung auf die Genfer Kreise gewirkt hat. Man suchte zu erkunden, ob auf Grund dieser nochmaligen klaren Darlegung des deutschen Stand-

## Neurath abgereist.

### Datum der Rückkehr nach Genf noch unbestimmt.

Genf. Reichsaußenminister von Neurath ist gestern abend um 6 Uhr abgereist. Als gestern vormittag bekannt wurde, daß Herriot unerwarteterweise morgen mit einer Rede in die allgemeine Aussprache der Völkerbundversammlung eintrifft, hatte man mit Spannung darauf gewartet, ob der deutsche Außenminister unter diesen Umständen seine geplante Abreise verschoben würde. Um 2 Uhr wurde jedoch offiziell bekanntgegeben, daß der Reichsaußenminister die Abfahrt nicht verschieben könne, da seine Teilnahme an einer am Freitag stattfindenden wichtigen Kabinettsitzung in Berlin unbedingt erforderlich sei.

Die deutsche Delegation wird inzwischen vom Grafen von Helldorf geführt. Wenn der Reichsaußenminister zurückkehren wird, steht noch nicht fest. Ob sein Stellvertreter in der Verhandlung das Wort ergreifen wird, ist noch ebensowenig entschieden.

In der Behandlung der deutschen Forderung tritt durch die Abwesenheit Neuraths eine Pause ein, die unter den obwaltenden Umständen und angesichts der unangenehmsten Stimmung sachlich vielleicht durchaus nicht schädlich ist. Man ist in der Sache noch keinen Schritt weitergekommen. Die verschiedenen Pläne, von denen in der Presse die Rede war, bleiben vollkommen gegenstandslos, zumal die von Deutschland geforderte grundsätzliche Voraussetzung bis jetzt noch in keiner Weise der Erfüllung nähergebracht worden ist. Henderson wird sich weiterhin um die Vermittlung bemühen, und auch auf italienischer Seite ist man zur Hilfe bereit, obwohl von diesen Seiten ja keinerlei Vorschläge gemacht worden sind. Die Engländer betrachten nach wie vor den zweiten Teil ihrer Note über die Eingliederung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages in ein Abrüstungsabkommen als grundsätzliche Verhandlungsbasis.

Paris. Der Korrespondent des „Temps“ in Genf erzählt, daß Herriot in seiner Rede am Donnerstag auf jede Polemik verzichtet wurde. Herriot habe die Absicht, nur in indirekter Form auf die Erklärungen des Reichskanzlers von Papen zu antworten. Die Rede Herrriots werde hauptsächlich ein neues Glaubensbekenntnis zur Politik des Völkerbundes sein.

## Der Eindruck der Abreise des Reichsaußenministers in Paris.

Paris. (Zuspruch.) Die Abreise des Reichsaußenministers von Neurath aus Genf hat offenbar in den Kreisen der französischen Delegation in Genf überaus stark gewirkt, zumal da, wie man behauptet, Herriot der deutschen Delegation die Mitteilung gemacht habe, daß er heute das

punktes mit einem Eintreten Herrriots gerechnet werden könne oder ob diese Erwartungen zum Scheitern verurteilt waren. Die Antwort des deutschen Verhandlungsführers aus Genf lautete negativ. Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, betonte der deutsche Außenminister, daß nach der Erklärung des Reichskanzlers zwar in englischen Kreisen eine bemerkenswerte Entspannung eingetreten sei. Das deutsche Abrüstungsobekommen werde hier als eine wesentliche Förderung der Diskussion und als eine Grundlage zu neuen Vorgesprächen angesehen. Ein ähnliches Echo sei jedoch nicht feststellbar. Der Außenminister wies dabei auf seine persönlichen Eindrücke während der 1. Kabinettsitzung hin. Nach Abschluß der Sitzung hätten sich die deutschen und französischen Vertreter gemeinsam zum Verlassen des Saales angeschlossen. Freiherr von Neurath wäre dabei wahrscheinlich an der Tür mit Herrn Herriot zusammengetroffen. Aus dieser „zufälligen“ Begegnung hätte ohne Schwierigkeiten ein Anstoß zu einer persönlichen Begrüßung und zur Vereinerbarung einer Unterhaltung hervorgehen können. Herriot hätte aber selbst diese Möglichkeit zurückgewiesen. Er blieb, während sich die Delegationen aufeinander zu bewegten, plötzlich stehen, um der deutschen Delegation den Vortritt beim Verlassen des Saales zu lassen. Aus dem Zusammentreffen wurde damit nichts. Von dieser ablebenden Haltung sei Herr Herriot aber auch im weiteren Verlauf der Ereignisse nicht abgegangen. Er hätte zwar der deutschen Delegation mitteilen lassen, daß er in der Völkerbundversammlung am Donnerstag eine Rede zu halten wünsche. Diese Rede sollte jedoch vor jeder Frühlingssitzung mit der deutschen Delegation erfolgen. Unter diesen Umständen bliebe nichts übrig, als an dem Abreiseentschluß festzuhalten, da man sich nicht der Gefahr eines vergeblichen Wartens und nichtfolgender Erklärungen vor dem Völkerbundsforum aussetzen könne.

## Verordnung zur Reichstagswahl.

\* Berlin. Im „Deutschen Reichsanzeiger“ wird heute die vom 27. September datierte Verordnung des Reichsministers des Innern zur Reichstagswahl veröffentlicht. Die Stimmlisten und Stimmkarten sind vom 10. bis 23. Oktober auszuliegen. Die Nummernfolge der Reichstagswahlvorschlüge der Parteien, die Abgeordnete in den

Wort ergreifen werde, ohne die deutsch-französische Kontroverse in der Abrüstungsfrage zu kreieren. Während der Berliner Vertreter der Agentur Havas behauptet, daß der Ministerrat, an dem der Reichsaußenminister teilnehmen müsse, eigens zu diesem Zweck erufen worden sei, erklärte der Genfer Korrespondent des „Temps“ Parisien, der Reichsaußenminister habe Herriot benachrichtigt, daß er in Berlin um die Erlaubnis, seine Abreise um 24 Stunden zu verzögern, nachgesucht habe, aber die Antwort erhalten habe, daß dies nicht möglich sei, da er unbedingt an dem Ministerrat teilnehmen müsse. Zwischen beiden Delegationen habe sich also alles in höflicher Form abgeklärt. Aber dennoch sei die Seite der Reichsregierung bezüglich Verzögerung und Abreise zeigten aufs neue, daß Deutschland vorläufig seine Stellungnahme gegenüber der Abrüstungskonferenz in keiner Weise ändern wolle. Die Antwort, die Herriot auf die Erklärungen des Reichsaußenministers geben wird, dürfte nach der Meinung des Genfer Berichterstatters des „Journal“ indirekt erfolgen, und zwar in der Form, daß der französische Ministerpräsident heute definiert werde, was er unter Völkerbund versteht. Herriot werde nachweisen, daß Frankreich aufrichtig sei. Er werde einmal zeigen, was man vom Völkerbund erwarten könne, seine Schwächen nicht verheimlichen, aber auch nicht vor Feststellungen zurückweichen, die durch die Entwicklung der aktuellen Konflikte gegeben seien.

## Scharfe Pariser Ausfälle zur Antwort des Kanzlers an Herriot.

Paris. Die Pariser Abendblätter besaßen sich eingehend mit Papens Antwort an Herriot, die sie als einen recht kümmerlichen Rechtfertigungsversuch bezeichnen. Der „Intransigeant“ sagt, Deutschland sei selbst dafür verantwortlich, daß man alle deutschen Waffen als Anaristwaffen bezeichne. Es habe die Krise von 1890 und 1914 vom Zaune gebrochen und Friedensverträge vernichtet. Es habe eine adlige Militärfakte mit der Führung der Politik betraut, die noch zäherer sei als die, die den Angriff von 1914 vorbereitet habe. Der „Temps“ stellt fest, daß Papen nicht die Weltöffentlichkeit werde irreführen können. Wenn der Regierungschef eines Landes, das dauernd keine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, sage, man müsse der Reichsregierung für das Drei-Milliarden-Opfer an die internationale Zusammenarbeit dankbar sein, so müsse man befürchten, daß jede Verhandlung mit Deutschland im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit von Tag zu Tag schwieriger zu verwirklichen sein werde.

Letzten Reichstag entsandt haben, oder zu denen sich Abgeordnete des Reichstages bekannt haben, ist folgende:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
3. Kommunistische Partei Deutschlands
4. Zentrum
5. Deutschnationale Volkspartei
6. Bauernpartei
7. Deutsche Volkspartei
8. Deutsche Staatspartei
9. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)
10. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)
11. Deutsche Bauernpartei
12. Landbund (Württembergischer Bauernbund, Weinbauernbund)
13. Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkbewegung)
14. Volksrechtspartei.

Die Verordnung regelt im übrigen die Stimmgabe im Kreisverkehr, sowie die Abstimmung der Seeleute.

## Termin vor dem Staatsgerichtshof am 10. Oktober.

vd. Berlin. Wie das Nachrichtenbüro des RdJ. meldet, ist festeben der endgültige Termin für die Verfallungssitzung wegen der Einlegung des Reichskommissars in Preußen festgelegt worden. Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof findet am 10. Oktober statt.

## Preußens Anträge.

Berlin. Nachdem nunmehr festzustehen scheint, daß die Verhandlung des Staatsgerichtshofes in Leipzig in dem Verfallungsdirekt zwischen Preußen und dem Reich in der ersten Hälfte des Oktober stattfindet, werden nunmehr auch die Anträge Preußens bekannt. Es handelt sich um 3 Anträge. Der erste bezieht die Feststellung, daß die Einlegung eines Reichskommissars für Preußen mit so weitgehenden Befugnissen, die Ablegung der preussischen Staatsminister, die zur Dispositionsfestlegung von Beamten und der Eingriff